Die GdP informiert

Nr. 1 - Mainz, 7.1.2009

CDU stellte Forderungen zu Polizeihaushalt

Die GdP hatte mit den Fraktionen des Landtages ihre Vorstellungen zum Doppelhaushalt erörtert. Im Parlament wurden von der CDU-Fraktion Änderungen zum Entwurf des Polizeihaushalts vorgelegt. Die drei Anträge im Wortlaut:

a) Besoldungserhöhung
„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Ausführung des Landeshaushaltsgesetzes alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die Lücken der letzten Besoldungsrunden in Rheinland-Pfalz ausgeglichen werden.
Zur Deckung des bestehenden Nachholbedarfs soll – zusätzlich zu der zugesagten Übertragung des neu auszuhandelnden Tarifvertrages für die Angestellten der Länder auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger – die im Jahr 2008 versäumte Anpassung von Besoldung und Versorgung in Höhe von 2,9 Prozent in Anlehnung an den TV-L nachgeholt werden.“

b) Minderausgabe
„Der Landtag Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung für den Fall, dass für den Epl. 03 des Landeshaushalts eine Globale Minderausgabe beschlossen wird, auf, diese im Haushaltsvollzug nicht aus den im Epl. 03 veranschlagten Mitteln zur Förderung des Sports, den Mitteln für die Polizeibehörden/Feuerwehren oder den für die Kommunen vorgesehenen Mitteln zu erbringen.“

c) Einstellungszahlen
„Der Stellenplan wird um 75 Stellen erhöht.“

Die drei Anträge der CDU-Fraktion fanden im Parlament keine Mehrheit.

In seinem Schreiben vom 10. Dezember 2008 berichtet Fraktionsvorsitzender **Christian Baldauf**:

„Sehr geehrter Herr Scharbach,
die CDU-Landtagsfraktion hält an ihrer Auffassung fest, dass die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger einen Anspruch auf gerechte Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung haben. In diesem Bereich besteht jedoch erheblicher Nachholbedarf. Nullrunden in den Jahren 2005 und 2006, über 40 weitere Sparmaßnahmen in den vergangenen zehn Jahren sowie jeweils zur Jahresmitte 2007 und 2008 vorgenommene Mini-Anpassungen in Höhe von 0,5 Prozent für vier Fünftel der rheinland-pfälzischen Beamten: All das spricht eine deutliche Sprache. Bei den Versorgungsempfängern der entsprechenden Laufbahngruppen wurde die Erhöhung um 0,5 Prozent zudem durch eine ebenso hohe allgemeine Abschmelzung aufgefressen, so dass für die Betroffenen die Nullrundennummern 3 und 4 in Folge zu beklagen sind.“

Heinz Werner Gabler, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender: *„So ist es! Gemessen an der Geldentwertung verdienen wir heute ca. 13,4 % weniger als 2004. Es ist Zeit zum umsteuern. Die Landesregierung muss sich ihrer Rolle bei den anstehenden Tarifverhandlungen bewusst sein. Die Ankündigung, das Tarifergebnis 2009 auch auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger zu übertragen ist nichts wert, wenn man sich nicht auch für einen ordentlichen Tarifabschluss einsetzt!“*